

Dokumentation der Fachwerkstatt im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

„Interkulturelle Öffnung der bezirklichen Verwaltung und Zusammenarbeit mit Migrant(en)organisationen im Bezirk“

Die interkulturelle Öffnung soll Institutionen und Organisationen auf neue Aufgaben in einer Einwanderungsgesellschaft vorbereiten. Seit Beginn der 1990er Jahre gibt es eine verstärkte Debatte über die Inhalte, die mit Begriffen wie „interkulturelle Öffnung“ (IKÖ) oder „interkulturelle Kompetenz“ (IK) verknüpft werden. Gleichzeitig entwickelte sich ein umfangreicher „Trainingsmarkt“ für Verwaltungsmitarbeiter*innen und Unternehmen, auf dem Schulungen und Seminare zur „interkulturellen Kompetenz“ angeboten werden.

Die Öffnung der Institutionen für Migrant(en)organisationen (MSO) und die Durchführung von Kooperationen mit diesen auf Augenhöhe sind ein zentraler Baustein eines interkulturellen Öffnungsprozesses.

Voraussetzung dafür sind die Anerkennung der Communities von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten und ihrer Selbstorganisationen sowie die Anerkennung ihrer Eigenressourcen und Potenziale. Eine weitere Voraussetzung ist die Bereitschaft, auf die Selbstorganisationen von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten zuzugehen und gemeinsam mit ihnen eine Bestandsaufnahme, Bedarfserhebung und Projektplanung durchzuführen. Auf der anderen Seite sollten sich Migrant(en)organisationen im Bezirk mit klarem Profil positionieren und als professionelle Kooperationspartner*innen in einzelnen integrationspolitischen Themen für die bezirklichen Fachverwaltungen erkennbar sein und sich in die aktuellen Debatten zu einzelnen Themen sichtbar einbringen.

Die Projekte „Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen (MO) Berlin (IKMO)“ und „Willkommen in Berlin- Empowerment von MO im Kontext der Strukturen kommunaler Willkommenskultur“ (im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“) des Verbands für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin Brandenburg e.V. setzten sich mit diesem Werkstattgespräch zum Ziel, MO zu unterstützen, um die Beteiligung und die Partizipation von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu stärken.

Gemeinsam mit Herrn Dr. Thomas Bryant, Integrationsbeauftragter des Bezirks, haben Reistrommel e.V. und VIA die MO des Bezirks, Vertreter*innen der bezirklichen Verwaltungen sowie andere integrationspolitische Akteure des Bezirks eingeladen, um die Potentiale von MO sichtbar zu machen und mögliche Bedarfe für die zukünftige Zusammenarbeit, Vernetzung und Qualifizierung zu erfassen. Das erste Werkstattgespräch fand im November 2018.

Zu seinem Grußwort hat Herr Dr. Bryant zum Thema IKÖ die folgenden Punkte erwähnt:

Gesetzliche Grundlagen zum Thema IKÖ:

1. § 11 Abs. 1 S. 1 u. 2 GGO I (Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung – Allgemeiner Teil, 18.10.2011):

„Die Berliner Verwaltung ist interkulturell ausgerichtet. Toleranz und Weltoffenheit gehören zu den Maßstäben des Verwaltungshandelns ihrer Dienstkräfte. Die Behörden erbringen ihre Dienstleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zuverlässig, kompetent, verständlich, freundlich und so schnell wie möglich.“

2. § 6 Abs. 3 VGG (Drittes Gesetz zur Reform des Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetzes, 21.12.2005):

„Die für den erfolgreichen Einsatz in einem Aufgabengebiet erforderlichen wesentlichen Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten und sonstigen Eigenschaften, auch soziale, interkulturelle und methodische Kompetenz, werden in einem Anforderungsprofil zusammengefasst. Es bildet die Grundlage für die dienstliche Beurteilung, eine Ausschreibung und das Auswahlverfahren [...]“

3. § 4 Abs. 1 u. 5 S. 1 PartIntG (Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin, 28.12.2010):

„Alle Einrichtungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben die Aufgabe, im eigenen Zuständigkeitsbereich für gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung zu sorgen. Sie berücksichtigen dabei die Vielschichtigkeit der Einwanderungsgesellschaft und richten ihre Aufgabenwahrnehmung bedarfs- und zielgruppengerecht aus. [...] Der Senat legt Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung fest.“

Anmerkungen zu Pkt. 3:

- keine Definition von IKÖ im Gesetz, sondern in der Gesetzesbegründung (vgl. Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 16/3524 v. 29.09.2010, S. 17):

„Der Begriff IKÖ bezeichnet einen Reformprozess, welcher die in § 3 Absatz 1 bezeichneten Einrichtungen [insbes. Berliner Verwaltung, landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen] darauf verpflichtet, ihre Angebote und Leistungen an den Bedürfnissen aller Berliner Bevölkerungsgruppen auszurichten. Insofern zielt interkulturelle Öffnung auf den chancengleichen Zugang von Personen unterschiedlicher Herkunft und Lebenslagen zu allen Leistungen der Verwaltung ab.“

- Im Kern geht es bei IKÖ um die Fähigkeit von Institutionen und ihrem Personal, kundenorientiert zu kommunizieren und die dafür benötigten Kompetenzen zu erwerben (z.B. Perspektivwechsel und kritisches Hinterfragen bestehender sowie Entwicklung und Umsetzung interkulturell ausgerichteter bzw. kultursensibler Handlungsrouniten) → Herausbildung einer modernen (d.h. migrationsfeste und integrationsfähigen) Verwaltungskultur

- IKÖ als Selbstverpflichtung der öffentlichen Verwaltung → nicht freiwillige Kür, sondern unumgängliche Pflicht vor dem Hintergrund der objektiven Rahmenbedingungen (Zuwanderung, Abwanderung, Heterogenität, ...)
- PartIntG wird alle zwei Jahre evaluiert und in dieser Legislaturperiode novelliert. Landesarbeitsgruppe (LAG) der IntBs haben dazu Vorschläge erarbeitet (z.B. Aufnahme einer Definition in den Gesetzestext).

Wozu brauchen wir IKÖ?

- angemessener und konstruktiver Umgang mit den Belangen und Bedarfen jedes einzelnen Menschen inmitten einer durch Diversität geprägten Gesellschaft → Diversity-Management
- struktureller Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Sprache, Religion, Weltanschauung, Erscheinungsbild, Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität, Alter, Behinderung, sozialer Lage o.ä. entgegensteuern → stattdessen: gleichberechtigter Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen durch bürgernahe Verwaltung für alle Menschen (erfordert: Kultur der Wertschätzung, inkl. „Willkommenskultur“) → IKÖ als Bekenntnis zur Gleichwertigkeit aller Menschen sowie wirksames Signal gegen rechtsextreme und menschenverachtende Tendenzen (d.h. Vorbild-Funktion der öffentlichen Verwaltung für gesamte Gesellschaft)
- erfordert: interkulturelle Kompetenz → interkulturelle Kommunikation → interkulturelle Öffnung → Diversity-Management

Was bislang in Marzahn-Hellersdorf geschah... (Auswahl):

- AG IKÖ
- altes und neues Integrationsprogramm: u.a. Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
- diverse andere Programme, Maßnahmen und Projekte: z.B. „Integrationsfonds“ des „Masterplans Integration und Sicherheit“ (u.a. interkulturelles Sportfest der AG „Integration durch Sport“ → Sportamt reflektiert systematisch interkulturelle Belange; „Interkulturelle Tage“; „Partnerschaften für Demokratie“; viele Menschen mit Migrationshintergrund im Integrationsbeirat; „BENN“ zur Entwicklung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Kontext von Zuwanderung; Integrationslotsen als Wegweiser zu bzw. innerhalb von Ämtern, Einrichtungen und Regeldiensten; interkulturelle Treffpunkte)
- kontinuierliche Umsetzung des PartIntG (z.B. Implementierung des Zusatzes „Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen, sind ausdrücklich erwünscht.“ bei Stellenausschreibungen)
- Beschäftigung mit dem Thema „Mehrsprachigkeit“ (z.B. Arbeitsgruppe des Integrationsbeirates; mehrsprachiger „Wegweiser für Marzahn-Hellersdorf“ als Broschüre und online; Fachtag „Mehrsprachigkeit als Chance“)

Verlauf der Fachwerkstatt

Im ersten Teil der Fachwerkstatt fanden drei Fachreferate zu folgenden Themen statt:

1. [Wege zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung](#) von Haroun Chahed (Mobile Beratungsteam (MBT) für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin),

2. [Die Rolle der MO in ihrer Entwicklung von den 90ern bis heute](#) von Dr. Mekonnen Shiferaw (Babel e.V.) und
3. [Neue MO und Initiativen von Geflüchteten](#) von Feras Albatal (Gemeinsamer Horizont e.V.)

Nach den Fachreferaten folgten drei Workshops:

1. **Interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarktes im Bezirk** (Leitung: Frau Petra Wegener, Reistrommel e.V.)
2. **Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur im Bezirk** (Leitung: Dr. Thomas Bryant, Integrationsbeauftragter in Marzahn- Hellersdorf)
3. **Interkulturelle Öffnung und deren Standards – Einbeziehung von Migrant(en)selbstorganisationen** (Leitung: Remziye Uykun und Nozomi Spennemann, IKMO- VIA e.V.)

Workshop 1

IKÖ des Arbeitsmarktes im Bezirk Marzahn-Hellersdorf
(Leitung: Frau Petra Wegener, Reistrommel e.V.).

Die MO haben eine wichtige Rolle als Brückenbauer erfüllt. Sie haben sich professionalisiert, als Brückengestalter weiterentwickelt und sich als wichtige Akteure der Arbeitsmarktintegration etabliert. Oftmals fehlen Personalkapazitäten und Ressourcen für die Vernetzung.

Forderungen, die am MO, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure gestellt wurden:

- Gemeinsame Zeile und Leitlinien für die Arbeitsmarktintegration identifizieren und entwickeln.
- Parallelstrukturen sollen abgeschafft werden. Die meisten Angebote sind zielgruppenspezifisch, schließen dadurch aber andere Zielgruppe aus.
- Formale Voraussetzungen für die Bewerbungsverfahren umgestalten, um die Anstellung von Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken.
 - Alternative Bewerbungsverfahren entwickeln
 - Verstärkte Berücksichtigung von Berufserfahrungen in Lebensläufe
 - Der Begriff „Flucht“ soll als Nachweis anerkannt werden.
- Angebote von der Bundesagentur für Arbeit (BA) zielgruppenspezifischer gestalten und MO in die Gestaltung effektiver Arbeitsinstrumente der BA einbeziehen.
- Verbesserte Abstimmung über die Voraussetzungen für gelungene Integration zwischen Politik in Bund und Länder. Oft verfügen Verwaltungsmitarbeitern über geringen Handlungsspielraum.
- Bürokratische Hürden abbauen, damit die Menschen schnell in Arbeit kommen können.
- Integration nicht als Einbahnstraße betrachten. Von Seiten der Verwaltung gibt es keine Stabilität und Qualitätskriterien für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Workshops für die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und der MO als Qualitätskriterium für lebenslanges Lernen etablieren. Diversity Management aufbauen.

Workshop 2

Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur im Bezirk

(Leitung: Dr. Thomas Bryant, Integrationsbeauftragter in Marzahn-Hellersdorf)

Die Senatsverwaltung für Integration und Migration hat explizit eine Stelle zur Förderung der Interkulturellen Öffnung eingerichtet, um die Steuerung des interkulturellen Öffnungsprozesses sowie bessere Voraussetzungen, wesentliche Ziele des Partizipations- und Integrationsgesetzes umzusetzen, nämlich die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, vor allem aber Chancengleichheit und Teilhabe aller Menschen unabhängig ihrer Herkunft herzustellen.

Das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) bestimmt die Partizipation und die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund sind verstärkt einzustellen, um sie gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung zu beschäftigen. Das Gesetz fördert explizit die MSO und deren Arbeit.

Eine gezielte Zuwanderungs- und Integrationspolitik auf lokaler Ebene muss mit demografischen und strukturpolitischen Konzepten verbunden sein, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Deshalb hat der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein neues Integrationskonzept entworfen, in dem die MSO besonders berücksichtigt werden und die interkulturelle Öffnung festgesetzt wird. Gewünscht ist die Etablierung eines Monitorings, damit die Arbeit im Bezirk evaluiert wird und weitere Perspektiven geöffnet werden können.

Wichtig ist die Stärkung der MSO in den Vernetzungsrunden für Integrationspolitik im Bezirk und in weiteren Gremien.

Workshop 3

Interkulturelle Öffnung und deren Standards – Einbeziehung von MO

(Leitung: Remziye Uykun und Nozomi Spannemann, IKMO- VIA e.V.)

In dem Workshop ging es weniger um die Standards der IKÖ, sondern um die Faktoren für die gelingende Zusammenarbeit mit MO. Remziye Uykun und Nozomi Spannemann zeigten am Beispiel der Netzwerke von MO mit Vertreter*innen der Fachdienste/-einrichtungen, wie die IKÖ in der praktischen Zusammenarbeit erfolgen kann. In allen Netzwerken steht die Perspektive der MO im Zentrum, was eine Grundvoraussetzung für die Kooperation mit MO darstellt. In der Diskussion wurde erörtert, welcher Handlungsbedarf im Bezirk Marzahn-Hellersdorf besteht. Eine anwesende MO äußerte, dass sie im Bezirk wie ein „Wasserträger“ behandelt wird, der ständig für Verwaltung und andere Dienste nur Zugang zu Migrant*innen und Geflüchtete verschaffen muss, ohne etwas mitgestalten zu können. Eine andere MO wies darauf hin, dass gute Ansätze wie die Schulung zur interkulturellen Sensibilisierung als Voraussetzung für interkulturelle Öffnung nicht systematisch gefördert werden. Insgesamt

wurde von allen die Erfahrung bestätigt, dass keine Transparenz vorhanden ist, nach welchen Kriterien die Vergabe der Projektmittel (vor allem aus dem Masterplan) erfolgt und wo welche Projekte „platziert“ werden. Vor allem Gemeinschaftsunterkünfte im Bezirk werden mit Projekten für Geflüchtete überhäuft, die teilweise an Bedarfen der Bewohnerschaft vorbeigehen. Die gerade erschienene Broschüre „Interkulturelles Engagement in Marzahn-Hellersdorf“ von Projekt Ponte (pad) stellt unterschiedliche Projekte im Bezirk vor, die vor allem vom Bezirksamt gefördert werden und gut angenommen werden. Es mangelt an Transparenz und Übersicht der Arbeit mit Migrant*innen und Geflüchteten. Die Anwesenden empfehlen daher dem Bezirk folgendes:

- Bedarfsanalyse (Bsp. Pankow mit MO, Lichtenberg mit Verwaltung)
- Benennung von MO im bezirklichen Integrationsprogramm als feste Partner
- enge Zusammenarbeit zwischen MO, aber auch zwischen MO und Verwaltung und Trägern

Die Einbeziehung von MO in Form von „Anhörung“ reicht nicht aus im Sinne von Partizipation. Vielmehr sind MO in Entscheidungen einzubeziehen. Damit die wenigen MO im Bezirk eine Stimme sprechen, kam die Idee eines Bündnisses der MO, worin auch MO in Lichtenberg eingeladen werden können, da dort ähnliche Bedingungen herrschen. Das Projekt IKMO begrüßt die Initiative und würde diesen Prozess fachlich begleiten.

Wir danken folgenden Institutionen für die aktive Beteiligung:

- MigrantInnenorganisationen:
 - Mamis en Movimiento e.V.
 - Reistrommel e.V.
 - Babel e.V.
 - Gemeinsamer Horizont e.V.
- Fachverwaltung:
 - Gesundheitsamt
 - Polizeidirektion 6 (Bezirke: Lichtenberg-Hohenschönhausen, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick)
 - BA Marzahn-Hellersdorf, Stadtentwicklungsamt
 - WiA-Büro Lichtenberg
 - BENN-Koordinatorin BA Marzahn-Hellersdorf, Stadtentwicklungsamt/AG Städtebauförderung
 - Integrationsbeauftragter
 - Koordinator für Flüchtlingsfragen
 - QM Marzahn-Nord
 - Gemeinschaftsunterkunft Maxie-Wander-Straße 78
 -
- zivilgesellschaftliche Akteure:
 - Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung (Stiftung SPI)
 - weltgewandt. Institut für interkulturelle politische Bildung e.V.
 - Hero Zukunft GmbH
 - Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (Kom-Zen)
 - Gemeinschaftsunterkunft Marzahn- Rudolf-Leonhard-Str. 13
 - Stützrad gGmbH
 - Pad-Projekt Ponte
 - Nachbarschaftszentrum des Trägers DRK-KV Berlin-Nordost e.V.
 - Gemeinschaftsunterkunft Rudolf-Leonhard-Straße 13-13f
 - Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.
 - Internationaler Bund (IB) IB Berlin-Brandenburg gGmbH
 - POLIS* – Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf (Stiftung SPI)